

KI

Rechtliche Vorgaben bremsen Einsatz

[23.06.2020] Mit dem Thema künstliche Intelligenz (KI) tut sich die öffentliche Verwaltung noch schwer. Grund dafür sind unter anderem die rechtlichen Rahmenbedingungen für deren Einsatz. Das zeigt der Branchenkompass Public Sector von Sopra Steria und dem F.A.Z.-Institut.

Die öffentliche Verwaltung in Deutschland tut sich in der Breite schwer mit neuen Technologien wie künstlicher Intelligenz (KI). Zu diesem Ergebnis kommt der Branchenkompass Public Sector 2020 von Sopra Steria und dem F.A.Z.-Institut ([wir berichteten](#)). Demnach bremsen aus Sicht von 60 Prozent der Entscheider die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen eine stärkere Nutzung. Nur drei von 100 Behördenmanagern hielten zudem die eigene Organisation für ausreichend vorbereitet. Zudem gebe es Zweifel an der technischen Reife.

Künstliche Intelligenz und Automatisierungstechnologien sind kein Neuland für die öffentliche Verwaltung, informiert Sopra Steria. Die Technologie helfe der Steuerfahndung und errechne den optimalen Zuschnitt für die Schulbezirke einer Gemeinde. Die Bundesagentur für Arbeit nutze KI-Anwendungen für die Qualitätssicherung in Code-Zeilen, und bei Grenzkontrollen soll die Technologie künftig beim schnellen Abgleich biometrischer Daten zum Einsatz kommen.

Behördenmanager würden gerne stärker auf die neuen Technologien zurückgreifen: 81 Prozent der befragten Entscheider könnten sich laut Umfrage vorstellen, künftig mithilfe von Algorithmen Fehler und Anomalien in Anträgen automatisiert zu erkennen und damit Doppelarbeiten und Betrugsversuche zu verhindern.

Hohe Standards als Hindernis

Zwei Drittel der Behörden wollen laut Branchenkompass Text- und Sprachdokumente verstärkt durch KI-Lösungen auswerten und weiterverarbeiten sowie Informations- und Auskunftsdienste verbessern. Denkbar sei, dass Machine-Learning-Lösungen die Bearbeitung elektronischer Rechnungen unterstützen. Derzeit seien trotz E-Rechnung einige manuelle Arbeitsschritte notwendig, die sich mithilfe neuer Technologien automatisieren ließen.

Die öffentliche Verwaltung sehe sich in der konkreten Umsetzung allerdings gebremst durch gesetzliche Vorgaben. Jeder zweite Behördenentscheider (53 Prozent) nennt laut Umfrage die hohen Standards beim Datenschutz und in der Datensicherheit als Hindernis. Entsprechende Vorgaben würden beispielsweise verhindern, dass Daten in der behördlichen Praxis zusammengeführt und verknüpft werden. Für den effektiven KI-Einsatz wäre dies jedoch erforderlich. Die herrschenden Standards sollen eigentlich für Klarheit sorgen und Orientierung bieten, so Sopra Steria.

Innovationen voranbringen

„Die hohen aktuellen Datenschutzregelungen, aber auch der angestrebte Code of Conduct zur datenschutzkonformen Nutzung von Gesundheitsdaten sind eine Chance, weil sie für alle gelten“, erklärt Ronald de Jonge, Leiter Management Consulting im Geschäftsbereich Public Sector von Sopra Steria. Für Bundes- und Landesbehörden, Ministerien sowie für Städte und Gemeinden geht es laut dem Unternehmen darum, sich innerhalb dieses Rahmens frei zu bewegen. Dazu gehöre auch, Innovationen stärker aus Eigenantrieb voranzubringen. 94 Prozent der Behörden würden den Dialog mit anderen

Verwaltungen suchen, um Innovationen voranzutreiben. 92 Prozent würden aktiv, wenn der Gesetzgeber neue Vorgaben macht.

Deutlich weniger Behörden gehen laut Branchenkompass neue Wege: Demnach suchen nur 13 Prozent beispielsweise die Zusammenarbeit mit Start-ups und nur 27 Prozent würden kreatives und nutzerorientiertes Denken durch die Einführung neuer Methoden fördern. „Viele Verwaltungen müssen hier kulturell noch den Schalter umlegen, um das Potenzial von KI-Lösungen, aber auch anderer Technologien wie Blockchain und Cloud Computing auszuschöpfen“, führt de Jonge weiter aus.

Hoffnung auf KI- und Datenpolitik

Viele Manager in den Behörden werden nach Angaben von Sopra Steria auf das Programm zur EU-Ratspräsidentschaft der Bundesregierung setzen. Die formulierten Ziele zur Nutzung künstlicher Intelligenz, die Idee für europäische Datenräume und rechtliche Voraussetzungen für sichere Ablagemöglichkeiten von Daten auf dem Smartphone könnten neue Impulse bringen. „Es ist darüber hinaus wichtig, dass sich die Verwaltungen dieses Themas selbst annehmen“, sagt Ronald de Jonge. Dazu gehöre, dass Behörden beispielsweise organisatorisch getrennte Datensilos, uneinheitliche Datenstrukturen oder -formate, wo sie können, aufbrechen. „Zudem eignen sich verstärkte Investitionen in Anonymisierungsverfahren, um Bedenken in der Bevölkerung zu berücksichtigen, die gerade in Deutschland oft groß sind, wenn der Staat Daten in großen Mengen systematisch nutzt“, so de Jonge.

(co)

[Branchenkompass Public Sector 2020 zum Download](#)

Stichwörter: Panorama, Panorama, Studie, Branchenkompass Public Sector 2020, KI, OZG, E-Rechnung, Bürgerservice